



Redebeitrag von **Norbert Grehl – Schmitt** auf der **Abschlussveranstaltung** der EQUAL-Projektverbünde **SPuK** –Sprache und Kultur: Grundlagen für eine effektive Gesundheits-versorgung“ und „**SAGA** – Selbsthilfe, Arbeitsmarktzugang und Gesundheit von Asylsuchenden am **30.11.2007** in Osnabrück

„Ein Anfang ist gemacht: Asylsuchende und geduldete MigrantInnen im Europäischen Sozialfonds (ESF)“ **- Ein Resümee aus sechs Projektjahren und ein Blick nach vorn**

Liebe Gäste, liebe Kollegen und Kolleginnen,
liebe Flüchtlinge, sehr geehrte Damen und Herren aus der Politik!

Ich freue mich, dass wir heute in recht anschaulicher Runde den Abschluss einer über sechs jährigen Kooperation miteinander erleben können. Am 31.12.2007 wird die EU-Gemeinschaftsinitiative **EQUAL** beendet sein – damit geht für uns – wie auch für einige andere hier im Raum – eine Ära aufregender, aber auch aufreibender gemeinsamer Arbeit zu Ende. Angetreten sind wir – der Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V., der Nds. Flüchtlingsrat e.V., der Verein Nds. Bildungsinitiativen e.V. und die Universität Osnabrück – um Asylsuchenden und geduldeten MigrantInnen den **Zugang zu Bildung und Arbeit zu erleichtern**.

Die Ausgangsfrage, die sich vor etwa sieben Jahren stellte, hieß: Wie sollte in einem Land, in dem **AsylbewerberInnen und Flüchtlinge** vom **Arbeitsmarkt** nahezu ausgeschlossen sind und dieser Ausschluss weitestgehend auf einen Konsens zwischen den politischen Parteien zurückzuführen ist, ein Projekt zur Beseitigung von Diskriminierungen jeglicher Art auf dem Arbeitsmarkt durchgeführt werden können? Konnte das überhaupt funktionieren?

Nun – Karin Loos wird ja gleich detaillierter auf die durchschlagenen Erfolge eingehen – aber sechs Jahre nach Projektbeginn möchte ich an dieser Stelle bereits einige Fakten nennen:

- das im Projekt SPuK gegründete Netzwerk traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen hat einen nachhaltigen Schritt nach vorn gemacht,
- die Dienstleistung Sprach- und Kulturmittlung wird es in der Region Osnabrück auch zukünftig geben,
- über 12.000 Faltblätter in verschiedenen Sprachen und zu verschiedenen Fragen der Beschäftigung und der Beschäftigungserlaubnis wurden auf Anfrage verschickt,
- 10 umfangreichere Publikationen – darunter die beiden Neuerscheinungen mit den politischen Empfehlungen, sowie eine Studie über die Wirkung der erzwungenen Beschäftigungslosigkeit von Asylsuchenden und Flüchtlingen – wurden in einer Auflagenstärke von ca. 6.000 Ex. veröffentlicht,

- und können auch von unserer Webseite (www.equal-saga.info) heruntergeladen werden, fast 30.000 Seitenzugriffe und Downloads von mehr als 400 Gigabyte Umfang haben in 2007 gezeigt, dass dies auch umfangreich wahrgenommen wurde,
- annähernd 1.000 Personen aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft haben an Fortbildungsveranstaltungen der Projektverbände teilgenommen,
- im Rahmen der transnationalen Kooperationen wurden Kampagnenmaterial und politische Empfehlungen entwickelt, die wiederum in 8 europäischen Staaten und im EU-Parlament verbreitet und diskutiert, sowie von der Kommission als „sucessfull stories“ bewertet und auf deren Webseite übernommen wurden,
- über 1.000 Menschen haben die Beratungsdienste der beiden Projektverbände genutzt,
- und – last but not least – konnten für etwa 90 Asylsuchende und geduldete MigrantInnen aus der Region Osnabrück verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen angeboten und einer Fülle von weiteren Personen individuelle Beratungshilfen gegeben werden.

Aus diesem wahrlich komprimierten Überblick lässt sich erahnen, was die ehren- und hauptamtlichen MitarbeiterInnen in diesen sechs Jahren geleistet haben, - und ich glaube, dass es an dieser Stelle ein kräftiger Applaus und damit ein herzliches Danke schön! angebracht ist – Pause.

Nun sind wir aber nicht hier, um Zahlen abzufeiern und uns selbst bewusst auf die Schultern zu klopfen – Herr Heile hatte da in seinem Grußwort schon recht: Es bedarf schon größerer und vor allem weiterer Anstrengungen, um nachhaltige Erfolge zu garantieren. Es lohnt sich an dieser Stelle einen Blick zurück auf die Komposition der GI EQUAL zu werfen.

Was war also EQUAL? Nun, zunächst einmal ein Programm zur Beseitigung von Diskriminierungen jeglicher Art auf dem Arbeitsmarkt – dies bedeutet im Kern, die Beseitigung der individuellen als auch der strukturellen und rechtlichen Zugangshindernisse zum Arbeitsmarkt: konkret also zumindest auch die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Ausbildung und Beruf.

Auf diesem Hintergrund war der Einbezug von Asylsuchenden und geduldeten MigrantInnen ein Hoffnungsschimmer auf dem Weg, das Recht auf Bildung und Arbeit für diese Zielgruppen einzufordern und wiederherzustellen. Die Arbeit der Projektverbände war somit immer individuelle Hilfe und politische Aktion zugleich.

Als wesentliche Ziele unserer politischen Arbeit – oder wie das im EU-deutsch heißt: des Mainstreamings – sind zu nennen:

- die Herabsenkung der Zeit des Arbeitsverbots (derzeit ein Jahr),
- der Wegfall der Vorrangprüfung und
- der Einbezug der Zielgruppen in den ESF sowie in andere soziale Eingliederungsprogramme.

Die strukturellen Vorgaben des Programms zur regionalen, nationalen und europäischen Zusammenarbeit machten es möglich, die politische Aktion flexibel dort ein- und

umzusetzen, wo sie am wirkungsvollsten erschien und damit den größtmöglichen Erfolg versprach. Regionale Kooperationsansätze haben sich dabei mit bundesweiten und europäischen Aktivitäten abgewechselt und ergänzt.

In wohl keinem anderen Themenbereich der GI EQUAL ist dieser Ansatz so idealtypisch umgesetzt worden wie im Themenbereich „Asyl“. Das regionale, bundesweite und europäische Lobbying war bunt, vielfältig und – letztlich – auch erfolgreich:

- Die mit Novellierung des Zuwanderungsrechts erfolgte erste Öffnung des Arbeitsmarktes für die unter die gesetzliche Altfallregelung fallenden Menschen, sowie für alle über vier Jahre geduldeten MigrantInnen ist sicherlich auch ein Erfolg des gemeinsamen Wirkens aller AkteurInnen im bundesdeutschen EQUAL – Themenfeld „Asyl“.
- Der Einbezug von Asylsuchenden als Zielgruppe in die EU-Richtlinie zum ESF war sicherlich auch ein Erfolg des intensiven EU – parlamentarischen Lobbying der transnationalen Partnerschaften und des europäischen thematischen Netzwerks Asyl.
- Die Einrichtung eines Sonderprogramms „Asyl“ im Rahmen der ESF-Bundesprogramme ist maßgeblich auf die Lobbyarbeit der EQUAL – Projektverbände im Themenfeld Asyl zurückzuführen. Gestritten wird hier freilich noch über die Erweiterung der Zielgruppen, soll heißen: über den Einbezug von Asylsuchenden in dieses Programm. Aber auch hier ist verhaltener Optimismus angebracht. Die Veröffentlichung der Richtlinie im Januar 2008 wird das Ergebnis zeigen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich in diesem Zusammenhand drei weitere Aspekte:

- Dies ist zum einen der ausdrückliche Einbezug von jungen geduldeten MigrantInnen und Asylsuchenden in alle ESF – Maßnahmen des Landes Niedersachsen mit der Zielsetzung, jedem jungen Menschen eine adäquate, vom Leistungsbezug unabhängige Ausbildung zu ermöglichen. Auch wenn es in dieser Hinsicht aus jugendhilferechtlicher Sicht nie einen Dissens gab, so ist diese Klarstellung des Nds. Wirtschaftsministers von hoher integrationspolitischer Bedeutung.
- Darüber hinaus ist zu begrüßen, dass Selbstorganisationen von MigrantInnen in Niedersachsen ausdrücklich über die Landesprogramme zum ESF gefördert werden sollen.
- Dies ist schließlich aber auch die grundsätzliche Bereitschaft der Stadt- und Kreisverwaltung Osnabrück, die Teilnahme von geduldeten MigrantInnen und Asylsuchenden an Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung als „gemeinnützige Tätigkeiten“ zu honorieren und die Fahrtkosten zu diesen Maßnahmen zu übernehmen. Diese grundsätzliche Bereitschaft sollte auch in Zukunft für weitergehende Maßnahmen, die nicht über SGB II finanzierbar sind, genutzt werden. An dieser Stelle geht deshalb mein Dank auch an die hier anwesenden

Vertreter dieser Kommunen: Herrn Lemme aus der Kreisverwaltung und Herrn Rußwinkel von der Stadt Osnabrück.

Nun werden sich viele der Zuhörer und Zuhörerinnen fragen: Wozu brauchen nach so vielen Erfolgsmeldungen überhaupt noch eine Podiumsdiskussion. Macht es nicht mehr Sinn, sich gleich dem Buffet zuzuwenden?

Nun: die Fragen sind berechtigt. Was soll oder kann die Politik eigentlich noch tun?

Richtig ist, dass wir sozialpolitisch eine Menge erreicht haben. Falsch ist es aber, anzunehmen, dass diese sozialpolitischen Erfolge, wie z.B. der erleichterte Zugang zur Erwerbsarbeit, uneingeschränkt und ohne Berücksichtigung des Ordnungsrecht in die Praxis umgesetzt werden können – und genau an dieser Stelle liegt das Problem.

Mann oder Frau können über die Ausgestaltung der gesetzlichen Altfallregelung unterschiedlicher Meinung sein. Wenn aber in Niedersachsen das Primat lautet: wer – trotz Arbeit – Geld kostet, bleibt draußen, dann lässt sich schnell nachvollziehen, dass so recht keine Freude an den eigenen Erfolgen aufkommen kann.

Wenn

- ein alter Mensch von der Bleiberechtsregelung ausgeschlossen wird, wenn er nicht mehr in der Lage ist, einen Anspruch aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwirtschaften,
- ein minderjähriger Flüchtling vor die Entscheidung gestellt wird, eine Ausbildungsstelle antreten zu können, seine Eltern dafür aber ausreisen müssen, er oder sie sich also von seiner Eltern trennen muss,
- eine alleinerziehende Mutter pro Kind und Monat 100,00 € aus Sozialleistungen beziehen darf und den Rest selbst erwirtschaften muss, um in den Genuss einer Aufenthaltserlaubnis zu kommen,
- über vier Jahre geduldete MigrantInnen trotz des unbeschränkten Arbeitsmarktzugangs keine Beschäftigungserlaubnis bekommen, weil sie sich z.B. nicht um einen Pass gekümmert haben,

dann, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen, frage ich mich, sind hier praxisferne Technokraten oder kaltherzige Bürokraten am Werk?

Gut, ich höre bereits die Antwort: nein, dies geschieht zum Wohle unseres Landes, denn die Politik sei aufgerufen, eine Einwanderung in die Sozialsysteme zu verhindern! Ich glaube allerdings, dass alle hier Anwesenden mir zustimmen werden, wenn ich feststelle: Die Einwanderung in die Sozialsysteme hat bereits vor sechs, acht oder mehr Jahren stattgefunden – und zwar aufgrund der Verweigerungshaltung des Staates, diesen Einwanderern und Einwanderinnen zu erlauben, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können.

Wir sollten uns an dieser Stelle noch einmal vor Auge führen, um wen und was es hier eigentlich geht:

Jede Form der Migration ist verbunden mit der Hoffnung oder Gewissheit auf eine bessere Lebenssituation und Zukunft. Sie bedeutet aber auch den zumindest

temporären Verlust sozialer Ressourcen und Sicherheiten. Für all diejenigen, die aufgrund von Vertreibung, politischer Verfolgung und/oder aufgrund von sozialen, ökonomischen oder Umwelt bedingten Katastrophen ihre Heimat verlassen müssen, ist über den Verlust sozialer und kultureller Ressourcen hinaus die ökonomische Lebensgrundlage zerstört. Diese Menschen erreichen ihr „Fluchtziel“ beraubt um ihre fundamentalen Menschenrechte. Erzwungene Migration ist mithin ein internationaler Skandal und beschämende Verletzung der fundamentalen Menschenrechte zugleich.

Nur ein Bruchteil der weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen erreicht dabei die Staaten der sogenannten I. Welt. Leider verweigern sich diese Staaten, insbesondere auch Deutschland, das natürliche Bestreben der von Flucht betroffenen Menschen nach Wiederherstellung ihrer Menschenwürde anzuerkennen und zu unterstützen. Es ist ein weiterer Skandal in demokratischen (und wohlhabenden) Zivilgesellschaften, dass diesen Menschen das Recht auf Arbeit, auf Bewegungsfreiheit oder das Wahlrecht über Jahre hinweg vorenthalten wird.

Wir haben in der Arbeit mit diesen Menschen erfahren, wie hoch motiviert und begeistert sie sind, wenn sich ihnen Chancen der Qualifizierung, der Weiterbildung und Ressourcenentwicklung bieten. Diese hohe Motivation und das kontinuierliche Engagement aller haben mich nicht überrascht, sie entsprechen genau dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung, nach ökonomischer, sozialer und kultureller Sicherheit. Leider blieb den allermeisten unserer TeilnehmerInnen die Tür zu einer Erwerbstätigkeit versperrt, es ist deshalb richtig zu sagen: „Ein Anfang ist gemacht“ – und ich hoffe, dass wir mit unserer Veranstaltung heute und im Gespräch mit den anwesenden Politikern und Politikerinnen einen Schritt weiter kommen.

Vielen Dank!